Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1570. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 283. (1. Fortsetzg.) Donnerstag, 6. Dezember 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für die Zeit vom 1.—7. Dezember 1000 Milliarden M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

vdz. Berlin. Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz in erster und zweiter Lesung mit dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutschvölkischen und die Kommunisten. Die dritte Lesung soll heute vorgenommen werden. Die Kommunisten haben einen Mißtrauensantrag eingebracht, über den ebenfalls heute abgestimmt werden soll.

Am Regierungstische: Reichskanzler Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß der Abg. Seethaun (Soz.) sein Mandat niedergelegt habe.

Auf der Tagesordnung steht die **Besprechung der Erklärung der Reichsregierung**, die verbunden wird mit der **ersten und zweiten**

Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Als erster Redner gibt

Abg. Scheidemann (Soz.) folgende Erklärung ab: **Die sozialdemokratische Fraktion** ist in Rücksicht auf den ungeheueren Ernst der innen- und außenpolitischen Lage, die sofortige wichtige Entscheidungen erfordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung geforderten befristeten **Ermächtigungsgesetz zuzustimmen** mit der Maßgabe, daß einer Vertretung des **Reichstages dieselbe Mitwirkung zugesichert wird wie dem Reichsrat.**

Der Redner begründet dann die Stellungnahme seiner Fraktion und bedauert, daß die notwendigen Entscheidungen zur Lösung des Finanzproblems nicht rechtzeitig getroffen worden seien. In der Ausschaltung des Parlaments und der vorwiegenden Inanspruchnahme des Artikels 48 erblicke die Fraktion eine schwere Gefahr. Im Finanzproblem liege die Frage von Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. — Für die Verordnungen trage die Regierung allein die Verantwortung. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich ihre sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Die Regierung dürfe nicht zurückschrecken vor einem Zugriff auf die Vermögenssubstanz. Der Grundbesitz habe sich bisher weitgehender Schonung erfreut. Redner verlangt Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und Sicherung des Rechts der Rhein- und Ruhrbevölkerung frei und unbeeinflußt an den Reichstagswahlen teilzunehmen.

Abg. Dr. Kaas (Ztr.) erklärt, daß die Begründung der letzten Regierungskrisis in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden worden sei, am wenigsten im besetzten Gebiet, wo man kaum wisse, wie man sich unter der Wucht der gegnerischen Angriffe verteidigen solle. **Die Währungs- und Finanzfragen seien heute der Kernpunkt.** Kaum ein Prozent der Staatsausgaben seien noch durch Einnahmen gedeckt. Da sei schnelle Arbeit notwendig, bei der das Parlament zurücktreten müsse. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse einer neuen Prüfung unterzogen werden. Heute sei weniger denn je der Augenblick, die guten Beziehungen zwischen Reich und Ländern abzubrechen. Der Redner geht dann auf die Fragen der besetzten Gebiete ein und drückt dem Reichskanzler das Vertrauen aus, daß diese Fragen auch in ihrer Gesamtheit das erforderliche Interesse finden werden. Das besetzte Gebiet müsse jeder Regierung schärfsten Kampf ansagen, die den Grundsatz der unbedingten Schicksalsgemeinschaft der besetzten Gebiete mit dem Reiche preisgeben wollte. (Beifall.) Niemals sei im deutschen Volke der Wille zu einer Verständigung mit Frankreich so stark gewesen wie heute. Die selbstverständliche Grenze sei die Rücksichtnahme auf unsere Leistungsfähigkeit und die Wahrung der Reichseinheit. Die lokalen Besprechungen und Aktionen sind von keiner Seite etwa in der Absicht geführt worden, die verantwortliche Reichsregierung auszuschalten oder ihre zentrale Aktion zu sabotieren. Eine Verschiebung unserer Grenzen kommt um keinen Preis in Frage. Wenn unter der Wucht des Terrors sich gewisse Ermüdungserscheinungen und Autonomiebestrebungen zeigen, so geschah das nicht, weil man mit den Lostrennungsbestrebungen sympathisierte, sondern weil man fürchtete, unter dem Druck des militärischen Frankreichs schließlich doch vor einen derartigen Entschluß gestellt zu werden. — Bei diesen Worten entsteht auf der Rechten und der äußersten Linken große Unruhe, von rechts wird gerufen: Sie entschuldigen also die französischen Separatisten! Der Redner bestreitet dies energisch und zitiert einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung", in dem gefordert wird, daß die Zahlungen an die Bevölkerung des besetzten Gebietes sofort eingestellt werden, denn wenn das Rheinland den Franzosen als reife Frucht in den Schoß fällt, müsse wenigstens das übrige Reich erhalten bleiben. — Abg. Kaas verlangt zum Schluß eine **internationale Verständigung in der Rheinlandfrage.** (Beifall.)

Abg. Dr. Scholz (DVP.): Bei uns müsse man die **völlige Verantwortungslosigkeit der Opposition feststellen.** Die Forderung nach Neuwahlen sei zwar verständlich, man müsse aber bedenken, daß sich unsere außenpolitische Lage dadurch katastrophal verschlechtern würde. Eine Regierung, hinter der kein Reichstag stehe, werde von unseren Gegnern nicht als verhandlungsfähig angesehen werden. Der Redner schildert dann den Verlauf der letzten Regierungskrisen, die zur Bildung der jetzigen Regierung geführt hätten. Nach dem Sturz des Kabinetts Stresemann hätte die Folge sein müssen, daß eine der Oppositionsparteien die Verantwortung übernahm. Sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten hätten aber versagt. Der Redner stellt fest, daß beide Parteien den Versuch nicht einmal unternommen haben. Er dankt dann dem Kabinett, daß es die mühevolle und undankbare Aufgabe übernommen habe, zu retten, was noch zu retten sei. Die Deutsche Volkspartei werde diesem Kabinett ihre Unterstützung nach jeder Richtung angedeihen lassen.

Abg. Hergt (Dn.) **wendet sich gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit der Opposition.** Er habe gegenüber dem Reichspräsidenten die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, eine Regierung zu bilden, erklärt und gefragt, ob der Reichspräsident bereit sei, Artikel 48 der Verfassung im Sinne dieser neuen Regierung anzuwenden sowie die Auflösungsorder für den Reichstag in blanko für spätere Gelegenheit zur Verfügung zu stellen. Er habe hinzugefügt, daß die Deutschnationalen wohl die einzige Partei seien, die die Wahlen nicht zu fürchten hätten. (Lärm und Heiterkeit.) Der Reichspräsident habe ablehnend geantwortet und die Deutschnationale Partei habe in einem offenen Brief an den Reichspräsidenten die Verantwortung dafür ablehnen müssen, daß nicht im parlamentarischen Sinne eine Lösung aus dem Konflikt gesucht worden sei. Der Redner schließt mit einer **Erklärung seiner Fraktion**, in der es heißt, daß das Volk die Hoffnung auf eine günstige Wendung nur darin sehen könnte, daß **rechtsgesinnte Kreise bestimmenden Einfluß auf die Regierung bekommen.** Die Bildung einer nationalen Regierung sei nicht gelungen, da sich die Mittelparteien nicht entschließen konnten, die Folgerungen aus dem Wandel der Verhältnisse zu ziehen. Die Haltung in der Preußenfrage entspreche nicht dem Reichsinteresse. Wieder einmal habe der Fraktionsgeist und die Angst vor den Wahlen gesiegt. **Der längst überalterte Reichstag müsse aufgelöst werden.** Die Erklärung stellt zum Schluß fest, daß die Deutschnationale Partei der **jetzigen Regierung kein Vertrauen** entgegenbringen könne und dem **Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen werde.** (Beif. rechts. — Allgemeine Bewegung.)

Abg. Haas (Dem.) betont die Sachlichkeit und ruhige Ueberlegung des neuen Kanzlers, die zunächst für das Vertrauen der Demokraten mitbestimmend sei. **Die fortgesetzten Krisen seien für die Existenz unseres Vaterlandes gefährlich.** Baden könne sich rühmen, daß es seit November 1918 überhaupt keine Krisis erlebt habe. Gewiß trage der fehlerhaft konstruierte deutsche Parlamentarismus an diesen Krisen schuld, aber auch die **Regierung belaste eine starke Schuld.** Daneben trage auch die **Politik der Entente** ein hohes Maß von Schuld. Der Redner bezeichnet es falsch, daß mit der Sozialdemokratie praktische Politik nicht gemacht werden könne. Die Sozialdemokratie habe einen sehr schweren Fehler begangen und bei ihrem Mißtrauensvotum nicht an die Folgen gedacht. Grade in dieser Zeit sei der Mut der Unpopularität das Gegebene gewesen. Die Koalition in Preußen habe sich bewährt. Republik und Staat seien besser gesichert, wenn die Deutschnationalen nicht in der Regierung sind. Der Redner tritt für eine Politik der Versöhnung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft ein und fordert die Sozialdemokratie dringend auf, den Mittelparteien die Fortführung der bisherigen Politik nicht unmöglich zu machen. Die Haltung der Demokraten werde sich nach den Taten der Regierung richten. Sollten diese im Widerspruch mit den Forderungen der Demokraten stehen, so kündigt der Redner der Regierung schärfstes Mißtrauen an. Starke Bedenken äußert er gegen die Uebernahme des Innenministers Dr. Jarres mit Rücksicht auf seine Rheinlandpolitik. Notwendig sei ein Abbau des Staatsapparates. Der harte Beamtenabbau müsse aber vernünftig gemacht werden. Erforderlich sei auch der Abbau der Preise. In Bayern müsse Ordnung geschaffen werden, damit Deutsche nicht aus Bayern ausgewiesen werden können. Der Redner fordert Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder. Der Ausnahmezustand dürfe nur vorübergehend sein. Ein besseres Verhältnis zwischen der Reichswehr und der Bevölkerung sei notwendig. **Der Redner spricht der Regierung das Vertrauen seiner Fraktion aus**, und bittet sie, der Republik zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Abg. Leicht (Bayer. Volksp.) weist darauf hin, daß im deutschen Volke sich eine **bedeutende Schwenkung nach rechts** vollziehe. Die neue Regierung habe keine zuverlässige Mehrheit hinter sich. Auch der Bayerischen Volkspartei sei es schwer geworden, den Abg. Emminger als Justizminister zu stellen. Von einigen Leuten werde es als eine schwere Belastung angesehen, daß drei Bayern in dem neuen Kabinett seien. (Heiterheit.) Der Redner **stimmt dem Ermächtigungsgesetz zu**, spricht aber die Erwartung aus, daß die Regierung die in dem bayerischen Antrag niedergelegten föderalistischen Wünsche berücksichtigten wird und betont, daß der Eintritt Dr. Emmingers in das Kabinett keine Bindung für die Fraktion bedeute.

Abg. Höllein (Komm.) sieht in der **Erklärung der Sozialdemokraten das schändlichste Dokument der Unterwerfung** und in der Regierungserklärung den „Mantel für den wirklichen Herzog, den Militärbefehlshaber General v. Seeckt." Die Kommunisten würden sich nicht mundtot machen lassen.

Abg. von Graefe (Deutschvölk.) bezeichnet das **Ermächtigungsgesetz** in der in Aussicht genommenen Form **als geradezu lächerlich.** Das erste Kabinett Stresemann habe sich auf einen elenhohen roten Sockel gestellt, jetzt sei dem blonden Scheitel Stresemanns eine schwarze Perrücke übergestülpt worden. (Heiterkeit.) Der Redner verwahrt sich gegen frühere Vorwürfe des Reichswehrministers Geßler und erklärt, allein in der deutschvölkischen Freiheitsbewegung seien die Kräfte vorhanden, die Deutschland wieder in die Höhe bringen können.

Abg. Ledebour (bei l. Fr.) unterstützt die Beschwerden der beiden Vorredner über das Verbot ihrer Parteien.

Inzwischen ist folgender **kommunistischer Mißtrauensantrag** eingegangen: **Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.**

Damit schließt die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Die Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum erfolgt am Donnerstag.

Es folgt sofort die zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Eine Erörterung findet nicht mehr statt. Ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft, wonach vor Erlaß der Verordnungen ein Ausschuß des Reichstages von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören ist, wird gegen Deutschnationale, Deutschvölkische und Kommunisten angenommen.

Mit diesem Antrag wird darauf das Ermächtigungsgesetz von derselben Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 1 Uhr: Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes und Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten.

* * *

)(Berlin. Der „Voss. Ztg." zufolge haben der Reichstagspräsident und seine Parteigenossen einen auch von den 21 Mitgliedern des Verfassungsausschusses unterzeichneten Antrag eingebracht, wonach bei Artikel 35 der Reichsverfassung eingefügt werden soll, daß ein **Ueberwachungsausschuß die Rechte des Reichstages wahrnimmt**, auch für den Fall der Auflösung des Reichstages, bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages.

Der bayrische Landtag zum Hitlerputsch.

)(München. Im Ständigen Ausschuß des Landtages standen am Mittwoch die sozialdemokratischen Anträge betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes und betreffend die Maßnahmen gegen den Hitlerputsch zur Behandlung.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung, an der auch sämtliche Staatsminister teilnahmen, nahm Ministerpräsident Dr. v. Knilling das Wort zu einer Rede über den Hitlerputsch und die politische Lage in Bayern und führte u. a. aus: Der Hitlerputsch wäre schon in der Nacht zum 28. September eingetreten, wenn nicht durch Verhängung des Ausnahmezustandes und Bestellung eines Generalstaatskommissars die Gefahr zunächst noch verhindert worden wäre. Der Ministerpräsident ging dann zunächst noch auf den Fall des Generals von Lossow ein und erklärte, daß das Reichswehrministerium diesen Fall als einen rein militärischen Personalfall behandelte und kam zu dem Schluß, daß Bayern das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfe, auf Grund der Reichsverfassung den bayerischen Landeskommandanten im Amte zu behalten, da seine Amtsentsetzung zweifellos zu einer starken Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen könne. Der Ministerpräsident erklärte es nicht für unwahrscheinlich, daß eine für Bayern ehrenvolle Erledigung dieses Falles zu erwarten sei. Zu den Vorgängen am 8. und 9. November stellte er fest, daß an diesem Abend der polizeiliche Nachrichtendienst und die polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen vollständig versagt hätten und was am 8. November im Bürgerbräu-Keller proklamiert wurde, sei nicht bloß ein hochverräterisches Unternehmen, sondern auch eine große Dummheit und zugleich eine Todsünde gegen den vaterländischen Gedanken gewesen. Restlose Aufklärung könne nur die Durchführung des Strafverfahrens gegen die Führer des Putsches bringen. Vielfach sei die Forderung nach einer Generalamnestie erhoben worden. In einem Rechtsstaate gibt es ohne Urteil keine Amnestie. Eine Niederschlagung des Strafverfahrens würde auch gleichbedeutend sein mit einem Freibrief für weitere Putsche. Eine Auslieferung der Schuldigen an den Leipziger Staatsgerichtshof sei vom bayerischen Standpunkte aus unhaltbar und nicht erörterungsfähig. Der Ministerpräsident erklärte, es wäre eine große Täuschung, zu glauben, daß nun jede Gefahr überwunden sei. An die neue Reichsregierung muß alsbald mit den bayerischen Forderungen wegen des verfassungsmäßigen Ausbaues des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage herangetreten werden. Zu dem äußeren Elend tritt noch das schlimme wirtschaftliche Elend. Ferner die unglaubliche Zerfahrenheit und Zersplitterung in den vaterländischen Kreisen. Durchgreifende Sparsamkeit sei notwendig. Dem Landtage werde daher ein Ermächtigungsgesetz mit weitestgehenden außerordentlichen Vollmachten zugehen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit besonderem Beifall der Rechten aufgenommen, als er den Putsch scharf verurteilte und es als eine der dringlichsten Aufgaben bezeichnete, das Reich auf der Grundlage des Bismarckschen Bundesstaates auszubauen, und als er schließlich davon sprach, daß das Mutterland der Lostrennung der teueren Pfalz in keiner Weise zustimmen könne. Am Schluß der Rede, in der der Ministerpräsident aufforderte, alle lebendigen staatserhaltenden Kräfte des Volkes zu einmütigem Handeln und zur Rettung des Vaterlandes unter starker Führung zusammenzufassen, folgte besonders lebhafter Beifall.

Der Ausschuß trat sofort in die politische Aussprache ein. Als erster sprach der sozialdemokratische Abg. Timm. Er erklärte, die Regierung sei schuld daran, daß Hitlers Prätorianertruppen so stark geworden seien.

Dezember-Neubestellungen

auf das „Riesaer Tageblatt" zum **Bezuge durch die Post** werden **heute noch** von der Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 59, angenommen.